



SPD

BESCHLUSSBUCH DES
PARTEIKONVENTS 2014

AM 20. SEPTEMBER 2014

WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis	2
I. Übersicht der angenommenen und überwiesenen Anträge	3 - 4
II. Angenommene und überwiesene Anträge	5 - 33
Digitale Gesellschaft DiGe	5 - 7
Demokratie Dem	7 - 9
Themenübergreifende Anträge ThA	9 - 33
III. Weitere Anträge	33

Impressum

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Abteilung Partei
Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

I. Tabellarische Übersicht der angenommen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt)

	Antragstellende	Überschrift	Beschluss	Seite/n
DiGe1	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Netzneutralität bewahren	(Überwiesen an Programmbeirat Digitale Gesellschaft und Bundesparteitag 2015)	5
DiGe2	<i>Ortsverein Butjadingen (Bezirk Weser-Ems)</i>	NSA-Affäre: Schutz unserer Rechte und der Verfassung	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	5
DiGe3	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozial- demokratischer Frauen</i>	Maßnahmen für einen digitalen Grundrechtsschutz	(Überwiesen an Programmbeirat Digitale Gesellschaft und Bundesparteitag 2015)	6
IA 2	Partei Vorstand	Resolution anlässlich der Friedlichen Revolution und des Wiedererstehens der Sozialdemokratischen Partei in der damaligen DDR vor 25 Jahren	(Angenommen)	7
ThA1	Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)	Handlungsbedarf bei Stromschulden	(Angenommen)	9
ThA2	<i>Kreisverband Karlsruhe Stadt (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Energiewende nicht in Gefahr bringen – Für eine Nachbesserung der EEG-Novelle	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	9
ThA3	<i>Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)</i>	Weiterentwicklung des EEG V 2.1	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	10
ThA4	<i>Bezirk Hessen-Nord</i>	Erdgasfracking	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	12
ThA5	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozial- demokratischer Frauen</i>	Risiken von Fracking machen vor Grenzen keinen Halt	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	12
ThA6	<i>Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)</i>	Die kommunale Selbstverwaltung stärken bei Konzessionsvergabeverfahren	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	13
ThA7	<i>Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)</i>	Reformvorschlag CO2- Zertifikatehandel: Wiederherstellung der Steuerungswirkung	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	13
ThA8	<i>Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)</i>	Wind und Photovoltaik flankieren durch flexiblere Erzeugung und flexibleren Verbrauch	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	14

ThA9	<i>Themenforum Verbraucherpolitik</i>	Digitale Datenbank Verbraucherforschung errichten	(Angenommen)	14
ThA10	<i>Themenforum Verbraucherpolitik</i>	Verbesserte Auskunftsrechte von Verbrauchern	(Angenommen)	14
ThA11	<i>Themenforum Verbraucherpolitik</i>	Kinder schützen - Werbung beschränken	(Angenommen)	15
ThA12	<i>Landesverband Baden-Württemberg</i>	Schulverpflegung verbessern – Qualitätsstandards verpflichtend machen	(Angenommen)	16
ThA13	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Freihandel mit Augenmaß – Verhandlungen über TTIP aussetzen	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	17
ThA14	<i>Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	20
ThA15	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	Freihandel um jeden Preis? - Nicht mit uns!	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	20
ThA16	<i>Ortsverein Schäftlarn (Landesverband Bayern)</i>	TTIP und Ceta	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	21
ThA17	<i>Ortsverein Borken (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche	(Angenommen)	22
ThA18	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Keine Ausnahmen vom Mindestlohn – auch nicht für Jüngere!	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion)	26
ThA21	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – neue Wege in der Arbeitsförderungs politik gehen	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion und SPD- Parteivorstand)	26
ThA25	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Für eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	28
IA 1	<i>Parteivorstand</i>	Verantwortungsvolle Friedenspolitik in einer Zeit neuer Herausforderungen	(Angenommen)	29
IA 3	<i>Landesverband Baden- Württemberg / Landesverband Berlin</i>	CETA: Nachverhandlungen über Investorenschutz, regulatorische Zusammenarbeit und ILO- Kernarbeitsnormen	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	32
IA 4	<i>Arbeitsgemeinschaft für Bildung</i>	Mehreinnahmen in Bildung investieren!	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	32

ThA 13 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)

Landesorganisation Bremen

Freihandel mit Augenmaß – Verhandlungen über TTIP aussetzen

Die Mitgliedsstaaten der EU haben der Kommission im Sommer 2013 ein Mandat erteilt, um eine transatlantische Freihandelszone (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership) zu verhandeln. Das Mandat ist sehr weit gefasst und enthält u. a. Leitlinien zu: Fragen des Marktzugangs, insbesondere Warenhandel, Dienstleistungshandel, öffentliches Beschaffungswesen und Niederlassung, Regulierungsfragen und nichttarifäre Handelshemmnisse, Regeln betreffend geistigen Eigentums, nachhaltige Entwicklung, Zoll und Handelserleichterung, Energie und Rohstoffe, kleine und mittlere Unternehmen und Kapitalverkehr und Zahlungen.

Besonders umstritten sind die geplanten Regelungen zu Investitionsschutz. Dabei ist beabsichtigt, ein Verfahren zur Streitschlichtung zwischen Investoren und Staaten (ISDS) zu installieren, mit einem dreiköpfigen Schiedsgericht, das an den nationalen Justizsystemen vorbei, über gewaltige Entschädigungssummen entscheiden kann, wenn z. B. ein Investor seine Pro-fite durch nationale Gesetzesänderungen geschmälert sieht. Ein Anfechtungsrecht soll nicht gegeben sein. Die Bundesrepublik sieht sich schon einem ähnlichen Verfahren ausgesetzt, der Klage von Vattenfall auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz wegen der Energiewende.

Solche Regelungen schränken die legitimen Handlungsmöglichkeiten von Staaten ein und gefährden die Demokratie. Eine Sondergerichtsbarkeit für Investoren ist nicht zu akzeptieren und darüber hinaus zwischen Demokratien wie der EU und den USA schlicht unnötig. Beide Wirtschaftsräume verfügen über entwickelte Rechtssysteme, die Investoren ausreichend schützen.

Demokratiekonformer Markt statt marktkonforme Demokratie

Wirtschaft und Handel müssen sich den demokratischen Spielregeln unterwerfen. Diesen Grundsatz verteidigt die SPD seit 150 Jahren. Die Idee einer „wirtschaftsgerechten Demokratie“, die von neoliberalen Kreisen im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen geäußert wird, gefährdet die in langen politischen Kämpfen erworbenen Grundrechte.

Australien hat in einem bilateralen Handelsabkommen mit den USA dem Verlangen nach einem solchen Mechanismus eine Absage erteilt. Dies sollte als Vorbild dienen.

Die Befürchtung durch Erfahrung mit bisherigen Freihandelsabkommen lautet, dass es zu einer Nivellierung von Standards kommt („race to the bottom“). Insbesondere die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen, dass es anstatt zu einem Wachstum von Beschäftigung zu massiven Arbeitsplatzverlusten gekommen ist.

Verhandlungsauftrag für TTIP Neubestimmen

Viele gesellschaftliche Akteure fordern vor diesem Hintergrund einen Stopp der Verhandlungen. Ihre Sorgen nehmen wir sehr ernst. Der Landesparteitag unterstützt die Forderung des DGB-Bundeskongresses und fordert die bisherigen TTIP-Verhandlungen auszusetzen, alle bisherigen Verhandlungsergebnisse und Protokolle zu veröffentlichen und einen transparenten Verhandlungsauftrag der EU zu bestimmen. Er soll folgende Bedingungen erfüllen:

1. Keine Sondergerichtsbarkeit für Investoren

Ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) zwischen Staaten mit zuverlässigen und entwickelten Rechtssystemen wie im Falle von TTIP ist abzulehnen. Gleiches gilt für die CETA-Verhandlungen. Wir erwarten von der Bundesregierung und insbesondere ihren sozialdemokratischen Mitgliedern, dass sie bei ihrer kritischen Haltung zur Aufnahme von Investitionsschutzvorschriften in das TTIP bleibt; das von der EU beschlossene

50 Verhandlungsmoratorium muss dazu genutzt werden, diesen Punkt ganz aus dem
Verhandlungsmandat zu streichen. Ein Freihandelsabkommen, das solche Vorschriften oder eine
Sondergerichtsbarkeit für Wirtschaftsstreitigkeiten beinhaltet, lehnen wir ab.

2. Rückholbarkeit von Entscheidungen sicherstellen

55 Die Reversibilität von Entscheidungen ist ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Daher fordern wir
eine grundlegende Evaluation des Abkommens nach zehn Jahren und eine Klärung, wie
Bestimmungen in dem Abkommen zurückgenommen werden können.

3. Transparenz der Verhandlungen

60 Alle Positionspapiere der Europäischen Kommission sind dem Europäische Parlament (EP)
zugänglich und werden zu einem Teil auch ins Internet gestellt. Auf Initiative des EP hat die
Europäische Kommission den Dialog im Rahmen der TTIP-Verhandlungen durch eine permanente
Beratungsgruppe mit Experten von Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden
institutionalisiert, diese Gruppe hat Zugang zu den Verhandlungsdokumenten. Somit sind
Vorwürfe, TTIP sei ein Geheimabkommen, in der Totalität nicht zutreffend. Nichtsdestotrotz
65 besteht hier, insbesondere in Bezug auf die Information der breiteren Öffentlichkeit, erheblicher
Nachbesserungsbedarf.

Insbesondere müssen vor jeder Verhandlungsrunde die jeweiligen Verhandlungspunkte
veröffentlicht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass auch Akteurinnen und Akteuren, die nicht
Mitglied der ständigen Beratergruppe sind, ausreichend Zeit zur Stellungnahme bleibt. Ebenso ist
70 die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der jeweiligen Verhandlungsrunde zeitnah zu informieren.

In Zwischenschritten müssen die Mitgliedsstaaten und die nationalen Parlamente vollumfänglich
informiert werden und Beiräte auf nationaler Ebene die beratende Task Force auf europäischer
Ebene spiegeln.

75 Somit muss die Bundesregierung nun den Dialog im Rahmen der TTIP-Verhandlungen durch eine
permanente Beratungsgruppe mit Experten von Gewerkschaften, Umwelt- und
Verbraucherverbänden institutionalisieren, die auch Zugang zu den Verhandlungsdokumenten
erlangen.

4. TTIP und CETA müssen als gemischte Abkommen behandelt werden!

80 Neben allen Informationsrechten stellt sich dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten
im Endeffekt nur die Wahl zwischen Ablehnung oder Zustimmung zu TTIP im Zuge der
völkerrechtlichen und innerstaatlichen Ratifikation. Ungeklärt ist dabei, ob ein so genanntes
gemischtes Abkommen, bei dem die Parlamente der Mitgliedstaaten zustimmen müssen, als
Ganzes abgelehnt werden kann oder dies nur die nationalen Zuständigkeiten anbelangt.

85 Es besteht jedenfalls die Möglichkeit, dass bestimmte (handelsrechtliche) Vorschriften des
Abkommens, welche in die EU-Kompetenz fallen, schon nach der Ratifikation auf EU-Ebene
angewendet werden können. Voraussetzung ist, dass eine Klausel über die vorläufige
Anwendbarkeit nach Maßgabe von Art. 25 der Wiener Vertragsrechtskonvention in das
Freihandelsabkommen aufgenommen wird.

90 Die Bundesregierung muss daher darauf hinwirken, dass sowohl CETA als auch TTIP als
gemischtes Abkommen und nicht als exklusive Handelsabkommen abgeschlossen werden. D. h. in
Deutschland müssen sowohl Bundestag als auch Bundesrat über die beiden Abkommen abstimmen.
Eine angemessene Beteiligung der Länder und zivilgesellschaftlicher Akteure ist dabei
sicherzustellen.

95 Die sozialdemokratischen Regierungs- und Parlamentsmitglieder in allen europäischen
Mitgliedsstaaten werden daher aufgefordert, die EU-Kommission dazu zu verpflichten, dass alle
Zwischenergebnisse der Verhandlungen den 35 europäischen Parlamenten, den zu benennenden
Verhandlungsbeteiligten (Unternehmen, Verbände und Organisationen) und der interessierten
Öffentlichkeit zum gleichen Zeitpunkt zugänglich gemacht werden.

100

5. Keine Vorfestlegungen durch das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA)

Die Ergebnisse des bereits ausverhandelten Freihandelsabkommens der EU mit Kanada sind
sorgfältig auszuwerten und sobald wie möglich zu veröffentlichen. Die im Rahmen von CETA

105 verhandelten Vereinbarungen dürfen keine präjudizierende Wirkung für die Verhandlungen mit den USA haben.

6. Keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, keine Absenkung von Schutzstandards. Erhalt staatlicher Handlungsfähigkeit.

110 Die in der EU gültigen Regeln des Sozial-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes, des Verbraucher-, Lebensmittel- und Gesundheitsschutzes müssen gewahrt bleiben und dürfen nicht als „Handelshemmnis“ in Frage gestellt werden.

115 Jede Seite muss das Recht haben, diese Regeln aus Gründen des Gemeinwohls auch in Zukunft weiterzuentwickeln. Die vorgesehene „regulatorische Kooperation“ zwischen den Vertragsparteien darf dieses Recht nicht beschneiden, sondern allein eine gemeinsame Weiterentwicklung von Standards erleichtern.

So sollten schon die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen dazu genutzt werden, eine wirksame Umsetzung der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durch beide Vertragsparteien zu erreichen.

120 Die Unterschiede im Agrar- und Lebensmittelbereich zwischen den USA und der EU müssen besonders berücksichtigt werden; es darf nicht zu einem zusätzlichen Druck der Agrarindustrie auf die bäuerlichen Strukturen in Europa kommen.

Insbesondere dürfen folgende Punkte nicht verhandelbar sein.

- die Sicherung von Arbeitnehmerrechten und der Verbraucherschutz,
- der Arbeitsschutz und die Datenschutzstandards,
- 125 • gesundheits- und umweltpolitische Standards,
- die für die Landwirtschaft festgelegten Standards einschließlich der Subventionspraktiken sowie
- alle die Kulturpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU betreffende Standards.

130 Die Entscheidung darüber welche Dienstleistungen öffentlich erbracht werden.

7. Finanzmärkte und Vermögensbesteuerung

135 Im Handelsraum EU/USA konzentrieren sich große Geldvermögen und Finanzaktivitäten. Deshalb wollen wir mit einem Handelsabkommen auch Fortschritte zu einer verbindlichen Finanzmarktregulierung mit einer Abtrennung von Investmentgeschäften sowie einer Finanztransaktionssteuer erreichen. Hierzu gehört ein automatischer Informationsaustausch über Finanztransaktionen sowie eine Vereinheitlichung der Kapital- und Vermögensbesteuerung.

8. Keine schrankenlose Liberalisierung! - Spielräume erhalten

140 Der Ansatz der Negativliste zur Liberalisierung von Dienstleistungssektoren ist, dass alles was nicht dort aufgenommen wurde, liberalisiert werden kann. Im CETA gibt es momentan eine Negativliste. Im TTIP hat die europäische Kommission dem Ansinnen der Amerikaner für einen Negativlistenansatz bereits nachgegeben. Eine Positivliste hätte den Vorteil, dass man zunächst einige Bereiche öffnen und später mit anderen nachziehen könnte. So behielte man die Hoheit über eine Öffnung in den Märkten, die heute noch nicht vollständig entwickelt seien, beispielsweise im Bereich der E-Dienstleistungen.

145 Im Sinne einer entsprechenden Entwicklungsoffenheit des Abkommens muss von einer Positivliste ausgegangen werden. Eine Negativliste, die nicht mehr ergänzt werden kann, ist unter allen Umständen abzulehnen.

150 Darüber hinaus ist im Zuge der Verhandlungen die Gefahr wirtschaftlicher Strukturkrisen einzelner Regionen, die durch die gegenseitige Marktöffnung entstehen können, zu analysieren. Für betreffende Wirtschaftszweige sind Übergangsregelungen zu vereinbaren.

155 Wenn sich abzeichnen sollte, dass die existenziellen Forderungen dieses Antrages keine Berücksichtigung finden, wird über die Empfehlung eines Abbruchs der Verhandlungen neu beraten.

ThA 14 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)

Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP

Der Parteikonvent fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich für eine Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP, welches zurzeit zwischen Vertretern der EU-Kommission und der USA verhandelt wird, zu sorgen. Alle Einzelinhalte sind einer dezidierten Folgenabschätzung sowie einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zu unterziehen.

5 Im Unterschied zur allgemeinen Wahrnehmung, geht es nicht nur darum Zölle zwischen den beteiligten Staaten aufzuheben. Die Verhandlungen sind im Zweifel über mögliche schädliche Auswirkungen auf Umwelt, Verbraucher, Sozialstandards und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt unverzüglich zu unterbrechen. Diese neoliberale Deregulierung unterstützen wir nicht.

10 Insbesondere müssen in den Verhandlungsergebnissen folgende Punkte sichergestellt werden:

1. Die Errungenschaften in der Europäischen Union im Bereich der Arbeitsschutz-, Kultur-, Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards sowie der Bürger- und Verbraucherrechte erhalten bleiben. Dazu gehört auch das deutsche Chemikaliengesetz (bzw. die entsprechende EU-Richtlinie). In den Verhandlungen soll darauf hingewirkt werden,
15 weitere Verbesserungen für die Partner in diesem Bereich zu ermöglichen. Es sollte der jeweils höherwertige Standard des Partnerlandes übernommen bzw. anerkannt werden. Das Vorsorgeprinzip darf nicht abgeschwächt werden.

2. Die Verhandlungsergebnisse dürfen auch kein Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

20 3. In Europa bisher nicht zugelassene Produkte mit entsprechenden Importverboten, sollen auch weiterhin nicht zugelassen werden. Dies betrifft vor allem Produkte, die nicht der EU-Kennzeichnungsrichtlinie entsprechen, GVO-Produkte (Produkte, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder daraus hergestellt werden), Tiere, die mit Wachstumshormonen behandelt wurden und das in den Verkehr bringen von Lebensmitteln
25 von geklonten Tieren. Gleiches gilt für Lebensmittel, die mit Substanzen behandelt wurden, die in der Europäischen Union verboten sind.

4. Weiterhin muss geklärt sein, dass das bereits erreichte hohe Niveau des Rechtsschutzes in Europa berücksichtigt wird und die Gesetzgebungskompetenz souveräner Staaten nicht ausgehebelt wird. Daher lehnen wir die im TTIP vorgesehenen Schiedsgerichte ab, da diese
30 undemokratisch sind und das nationale und europäische Gerichtswesen aushebeln. Rechtlich gesicherte Freiheiten im Internet dürfen nicht eingeschränkt werden.

5. Wir wollen eine Veröffentlichung der Verhandlungsmandate sowie eine transparente Verhandlungsführung. Es müssen Vertreter/innen der Zivilgesellschaft wie Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Sozial- und Umweltorganisationen in den Verhandlungen angehört
35 werden.

ThA 15 (Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Freihandel um jeden Preis? - Nicht mit uns!

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, ist von enormer politischer Tragweite. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise in großen Teilen Europas ist es richtig, Instrumente